

per E-Mail

Kolleginnen und Kollegen im DGB

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
Telefon: 030-2 40 60-201
Telefax: 030-2 40 60-210

09. Februar 2011

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der vergangenen Nacht sind die wochenlangen Verhandlungen über neue Regelsätze für Hartz IV-Empfänger, das Bildungspaket für arme Kinder sowie Mindestlöhne und equal pay ergebnislos abgebrochen worden. Was ist passiert?

Genau heute vor einem Jahr hat das Bundesverfassungsgericht die Bemessung der Regelsätze für Hartz IV-Empfänger für verfassungswidrig erklärt. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, ein transparentes Verfahren zur Berechnung der Regelsätze zu erarbeiten. Doch nach dem Urteil hat die schwarz-gelbe Bundesregierung erst monatelang nichts getan - wegen der Wahlen in Nordrhein-Westfalen - und dann ein verfassungswidriges Gesetz produziert, das u. a. eine Erhöhung der Regelsätze um 5 Euro vorgesehen hat. Im Bundesrat, in dem die Koalition nach der Wahl in NRW im Mai 2010 keine Mehrheit mehr hatte, ist das Gesetz gescheitert und nun auch vorerst im Vermittlungsausschuss.

Ich bedaure dieses Scheitern zutiefst, weil die Bundesregierung wieder einmal Fortschritte bei der Bekämpfung von Niedriglöhnen und Armut blockiert hat. Meine Sorge ist, dass dadurch die Politik insgesamt noch mehr an Ansehen verliert. Denn das Bild, das die Bundesregierung abgibt, ist verheerend: sie ist immer schnell dabei wenn es darum geht die Interessen ihrer Wählergruppen zu bedienen. Ein Atomkonsens ließ sich in wenigen Stunden finden, den armen Menschen im Land verweigert diese Regierung jegliche Unterstützung.

Vor allem die FDP, die sich in Klientelpartei Deutschlands umbenennen sollte, zeigt Mal um Mal ihr unsoziales Gesicht. Wer Finanzspekulanten, Hoteliers und Steuerberatern die Taschen füllt und am Gängelband von Arbeitgeberfunktionären und Leiharbeitgebern verhandelt, weiß natürlich nicht woher das Geld für die Armen im Lande kommen soll. Ich kann nur sagen: Wem noch dazu das Schicksal hart arbeitender Menschen so egal ist, der vertieft aus purer Wahltaktik die Spaltung in unserer Gesellschaft.

Ausdrücklich anerkennen will ich bei aller parteipolitischen Unabhängigkeit der Gewerkschaften die gute Zusammenarbeit mit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die sich sehr für unsere Ziele eingesetzt und bis zuletzt eine enge Abstimmung mit uns gesucht haben.

Trotz aller Enttäuschung möchte ich mich dafür bedanken, dass wir in den letzten Wochen und Monaten richtig gute Arbeit gemacht haben:

- wir haben den innenpolitischen Skandal der Niedriglöhne angeprangert – es darf nicht sein, dass Arbeitgeber sich mit Lohndumping die Taschen füllen und Kinder verarmen, deren Eltern sich mit Minijobs gerade so über Wasser halten;
- wir haben das Thema Mindestlohn nicht nur auf die politische Agenda gesetzt sondern mit unserer Arbeit dafür gesorgt, dass über 80 Prozent der Deutschen einen gesetzlichen Mindestlohn befürworten – das hält den Druck auf die Politik aufrecht;
- wir haben die Auswüchse bei der Leiharbeit öffentlich gemacht und die Politik zum Handeln getrieben – das gilt auch nach der vergangenen Nacht;
- wir haben das Thema Regelsätze wieder und wieder aufgegriffen und damit Armut und soziale Ausgrenzung zum Gegenstand öffentlicher Debatten gemacht. Es ist ein Skandal, dass in einem reichen Industrieland die Bildungschancen der Kinder vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Unterm Strich können wir festhalten: der DGB hat seine Rolle als politischer Arm der Gewerkschaften auch unter den Bedingungen einer konservativ-liberalen Mehrheit im Bund erfolgreich wahrgenommen.

Unsere Forderungen bleiben richtig: **gleiches Geld und gleiche Bedingungen für Leiharbeiter** und ein gesetzlicher **Mindestlohn** von 8, 50 Euro stehen ganz oben auf unserer Agenda. Nach den Ereignissen der letzten Nacht ist es wichtiger denn je, dass wir den Aktionstag am 24. Februar nutzen um Druck auf diese Regierung auszubauen. Denn noch ist das Gesetzgebungsverfahren zum Arbeitnehmer-Überlassungsgesetz anhängig und wir müssen mit allen Mitteln versuchen, dass es mit Ergebnissen in unserem Sinne abgeschlossen wird – das wird harte Arbeit! Mit Scheinlösungen und Blendwerken à la Lohnuntergrenzen werden wir uns jedenfalls nicht abspeisen lassen. Und: ab dem 1. Mai 2011 haben wir in Deutschland die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Wer dann noch mehr Lohndumping verhindern will muss jetzt den Mindestlohn gerade in der Leiharbeit einführen. Das ist das Mindeste – nicht umsonst ist das unser Motto an diesem 1. Mai!

Was die **Regelsätze** angeht haben wir klare Positionen: das Verfahren der Bundesregierung ist verfassungswidrig und wir werden uns nicht scheuen, das vom Bundesverfassungsgericht noch einmal bestätigen zu lassen. Zur Festlegung der Regelsätze soll eine unabhängige Kommission von Wissenschaftlern und Experten der Wohlfahrtsverbände und Sozialparteien gebildet werden, die Empfehlungen insbesondere zum Existenzminimum von Kindern erarbeitet. Denn die Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 (EVS) hat sich die Bundesregierung nach dem Motto „traue keiner Statistik, die du nicht selber gefälscht hast“ so hingebogen wie sie sie brauchte. Insofern war die Weigerung von Schwarz-gelb, über höhere Regelsätze ernsthaft zu beraten, nicht sachlich fundiert, sondern allein politisch motiviert.

Auch beim **Bildungspaket** haben wir klare Positionen. In kaum einem anderen Industrieland hängen Bildungserfolg und soziale Herkunft so eng zusammen wie in Deutschland. Ein Bildungspaket, das gerade den Kindern aus ärmeren Familien wirklich hilft, wäre also tatsächlich bitter nötig. Nötig ist vor allem ein massiver Ausbau der Bildungsinfrastruktur. Der flächen-deckende Einsatz von Schulsozialarbeitern wäre ein wichtiger Schritt. Ohnehin reicht es nicht aus, dass allein der Bund ein Paket schnürt. Zur Bekämpfung der Kinderarmut brauchen wir eine abgestimmte Politik zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben mehr denn je zu tun. Wir werden gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Mindestlöhne und die Armutsbekämpfung zum Thema in den sieben Landtagswahlkämpfen in 2011 machen. Ich betone es noch einmal: Die nächste Etappe ist der Aktionstag am 24. Februar. Bitte tragt dazu bei, dass er ein Erfolg wird. Politik braucht Druck – wir werden ihn erzeugen.

Mit freundlichen Grüßen

